

Ein LINKER Programmentwurf braucht den Widerspruch!

Birke Bull, Mitglied der Programmkommission, am 22. März 2010

Das ist eine Binsenweisheit. Jede Debatte lebt vom Widerspruch. Der vorliegende Programmentwurf offenbart viele Gemeinsamkeiten, kluge Analysen, treffende Sätze. Ebenso eröffnet er grundsätzliche Differenzen. Und das ist gut so, denn **Klarheit in der Differenz ist sehr viel demokratischer, transparenter und belebender.**

Formelkompromisse machen die Unterschiede unproduktiv und verstellen den notwendigen Blick darauf. Eine konstruktive Debatte zu grundsätzlichen darüber ist immer auch Quelle von Entwicklung und geistigem Reichtum. Einige meiner Widersprüche sind folgende:

1. In der Analyse der Gegenwart kommt eine ausgewogene differenzierte Sicht auf die kapitalistische Gegenwart zu kurz.

Ich verkenne nicht, dass die Dominanz des Kapitals in immer mehr Bereichen des gesellschaftlichen und privaten Lebens für viele – für viel zu viele - Menschen Armut, Ausgrenzung und Ausweglosigkeit bedeuten. Weitert man den Blick auf das globale Geschehen, spitzt sich diese Perspektive weiter zu. Ich verkenne jedoch auch nicht, welche Integrationspotenziale dieser Kapitalismus nach wie vor (noch) besitzt. Keineswegs nur für jene Teile der Oberschicht, die in ihrer Maßlosigkeit gesellschaftliche und soziale Ressourcen verhökern, ist individuelle Realität, was mitunter als das gute Leben bezeichnet wird: ein vernünftiges Einkommen, interessante Lebensperspektiven, Teilhabe an demokratischen Prozessen. Auch wenn ich der Meinung bin, dass unsere Motivation vor allem darin liegen sollten, die Lebenssituation von Menschen in den Blick zu nehmen, die in sehr schwierigen Lebenslagen ihr Dasein fristen müssen.

Mein Anliegen ist es trotzdem: ein Bild von einer kapitalistischen Gesellschaft zu zeichnen, dass ausgewogen und differenziert gleichermaßen die Risiken und die Chancen ihrer Potenziale in den Blick nimmt, Widersprüchlichkeiten aufzeigt **und dabei auf Schwarz-weiß-Malerei und vereinfachende Weltbilder verzichtet.**

2. Auch demokratischer Sozialismus braucht den starken unternehmerischen Sektor.

Das dahinter liegende **Konzept von Eigentum** mit den darin liegenden Konsequenzen für ein entsprechendes Gesellschaftsmodell – z.B. die Verteilung von gesellschaftlichen Aufgaben zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft – halte ich für problematisch. Ich teile die grundlegende Kritik an der Kapitaldominanz in vielen gesellschaftlichen Feldern. Viele Bereiche sind in ihrem Bestand, in ihrem sozialen Funktionieren durch die alles dominierende Macht von Geld und Privatbesitz gefährdet. Die Alternative dafür sehe ich jedoch nicht darin, den unternehmerischen Sektor gänzlich in seinem Bestand bzw. de facto in seinem Funktionieren in Frage zu stellen. Privates Eigentum an Produktionsmitteln muss nach meinen politischen Vorstellungen in seinen Potenzialen nutzbar gemacht werden, um Lebensqualität von Menschen zu verbessern, um Innovation und Entwicklung zu befördern. Ich verkenne nicht die enormen Risiken, die von einer ungebremsen Kapitallogik ausgehen. Alternativen liegen für mich aber – im Unterschied zum vorliegenden Entwurf – darin, Markt, Wettbewerb und Renditen wirksamen sozialen, ökologischen und demokratischen Regeln zu unterwerfen. Im vorgelegten Entwurf finden sich eine Vielzahl von Verboten und Restriktionen. Einige finden durchaus meine Zustimmung – so die starke betriebliche Mitbestimmung bei strategischen unternehmerischen Entscheidungen, die Forderung nach einem Mindestlohn und andere mehr. **In ihrer Gesamtheit jedoch, und vor allem verbunden mit dem Bekenntnis, Eigentum weitestgehend vergesellschaften/ verstaatlichen zu wollen, halte ich dieses Konzept für untauglich, um einen starken kontrollierten unternehmerischen Sektor zu entwickeln. Eine solche Wirtschaftsordnung halte ich für wenig geeignet, Entwicklung und Innovation voranzutreiben, um damit die Lebensqualität von Menschen zu verbessern und die Ressourcen zu erwirtschaften, die wir letztlich für eine umfassende Daseinsvorsorge nötig haben.**

Eine Erkenntnis des realen Sozialismus war es unter anderem, dass gerade zentralisiertes Eigentum (Staatseigentum) sehr hinderlich war, um ein Eigentümerbewusstsein zu entwickeln, was Eigeninitiative, Verantwortungsbewusstsein und Effizienz im Umgang mit Ressourcen fördert. „Aus den sozialistischen Betrieben

ist noch so manches rauszuholen“ – auf diesen – wie ich finde weisen – Nenner hat es der Volksmund damals gebracht.

3. Freiheitsrechte und soziale Rechte – Freiheit und Sozialismus - sind gleichwertig. Und nicht nur das: Sie bedingen einander, und zwar wechselseitig. Ich habe als Mitglied der PDS Anfang der 90er Jahre ausreichend viel Zeit damit verbringen müssen, über das Scheitern des realen Sozialismus nachzudenken. Zu Fall gebracht hat ihn damals unter anderem die Abwesenheit institutionell verbriefter demokratischer Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Reisefreiheit und weitere. Wahrscheinlich ist es in der Tat so, dass es die Abwesenheit ist, die einem Dinge besonders wertvoll erscheinen lässt.

Meine Lebenszeit im Kapitalismus hat mich gelehrt, dass zu einem menschenwürdigen Leben auch soziale Grundrechte gehören. Sie werden oft genug mit Füßen getreten. Ich kann verstehen, dass GenossInnen in den alten Bundesländern von ihrer Ausgangsperspektive betrachtet, einen beträchtlichen Abbau von Demokratie und Grundrechten beklagen – und zu Recht beklagen. Meine Ausgangsperspektive ist jedoch eine andere. Und gerade deshalb weiß ich die so genannte demokratische Basis in diesem Kapitalismus zu schätzen, auch wenn ich sie für deutlich zu kurz gekommen halte. Es ist ein Anfang. Ein wertzuschätzender Anfang.

Diese Gleichwertigkeit darf nirgendwo auch nur annähernd in den Geruch kommen, einer der beiden Seiten mehr Gewicht als der anderen zuzubilligen. Für eine solche unmissverständliche Gleichwertigkeit gibt es in unserer Sprache das Wort „und“. Der vorliegende Entwurf enthält m.E. eine Reihe von heimlichen Botschaften, die Gefahr laufen, diese Eindeutigkeit in Frage zu stellen. Die programmatische Aussage einer modernen LINKEN muss lauten: Freiheit und Sozialismus!

4. Politik ist immer Umbau bei laufendem Betrieb, mit Risiken und Nebenwirkungen. Ein gut hörbar einrastender Kippschalter ins gute Leben ist auch für uns nicht im Angebot. Anders ist die praktische Umsetzung unserer Visionen, und nur daran sind die Menschen interessiert, die uns ihre politische Aufmerksamkeit widmen, nicht zu haben. Auch unsere Visionen müssen sich letztlich in reale Politik überführen lassen (können), um dort auf eine Vielzahl von Widersprüchen zu treffen. Viel zu komplex sind politische Entscheidungen und demokratische Entscheidungsprozesse miteinander verwoben, als dass sie an allzu simple Ultimaten gemessen werden können. Das einzige, was letztlich messbar bleiben wird, ist **das Saldo an politischen Erfolgen und Misserfolgen in den jeweiligen komplexen Zusammenhängen**. Die so genannten Haltelinien im Programmentwurf können dieser Vielschichtigkeit nicht gerecht werden. Sie klingen freundlich überzeugend, jedoch nur auf den ersten Blick, und nur für jene, die sich dem realen politischen Geschehen nicht widmen oder widmen wollen.

Ist es Sozialabbau, einen Landesfamilienpass durch Preiserhöhung für die halbwegs gut ausgestatteten Familien für die Geringverdienenden zu finanzieren? Ist es Sozialabbau, wenn ich die Kita-Gebühren für Höchstverdiener heraufsetze, um sie für Geringverdiener erträglicher zu gestalten? Letztlich führen solche Fragen auch dazu, ob nicht jede reale Steuerreform auch Momente von Sozialabbau in sich tragen (müssen) – z.B. aus der Perspektive der nicht ganz schlecht verdienenden Mittelschicht. Wo wir sind, nicht wo wir sein möchten, ist der Ort an dem wir anfangen müssen.

Wie politische Entscheidungen beurteilt werden, das gehört in den demokratischen Diskurs der gesamten Partei. Aber die Entscheidung darüber, wie politische Konstellationen fortgesetzt werden sollen, die sollte den GenossInnen überlassen werden, die vor Ort organisiert sind. Leichter wird die Abwägung dadurch nicht. Kann und soll sie auch nicht. Die Form von Ultimaten – wie sie im Entwurf enthalten sind – verhindern lediglich politische Praxis, und verhindern damit kritische Begleitung von Regierungshandeln. Die Debatten werden so immer wieder reduziert auf das OB, das WIE hingegen wird der differenzierten Kritik weitgehend entzogen. Die damit gewollte Verlässlichkeit ist trügerisch. Der einzige Weg zu verlässlicher Politik ist Transparenz und diskursive Auseinandersetzung: Ehrliche Politik täuscht sich und andere nicht über die Bedingungen unter denen sie stattfindet.